

Nr. 7 - Mai 1979 / Verantwortlich: Edith Baller / Gerd Brouwer /
Rainer Korte / Herrmann Raufhake / Reinhold Thiede / Uwe Witschel

50 Pf.

ZDJ im neuen Format

Mit dieser 7. Nummer unserer ZDJ legen wir ein neues Format und einen neuen Aufbau vor. Das Geschehen in Georgsmarienhütte und das Geschehen in der SPD-GMHütte sollen größeren Raum einnehmen, wobei wir natürlich in hohem Maße auf die Hilfe der Leser(innen) angewiesen sind.

Freundlicherweise unterstützt die SPD-GMHütte unser Vorhaben, indem sie diese erste "neue" Nummer als Probeexemplar der monatlichen Post an alle Genossinnen und Genossen beilegen läßt. Auf diese Weise möchten wir möglichst viele Abonnenten finden, die diese zunächst zweimonatlich erscheinende Zeitung fest bestellen, da wir kostenmäßig nicht jedesmal eine Auflage von 500 Stück schaffen können (zum Abo siehe Seite 6).

Wir streben eine enge Zusammenarbeit mit der örtlichen SPD und den örtlichen Falken an und erhoffen uns auch Beiträge aus befreundeten Organisationen.

Daß Kritik an der ZDJ, Kritik an den Jusos sowie Gegenmeinungen auch Platz in der ZDJ finden werden, versteht sich von selbst.

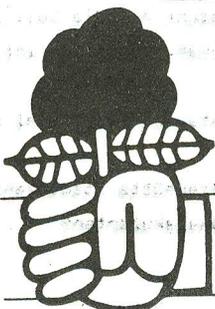
Die neue Redaktionsanschrift für die ZDJ lautet:

Reinhold Thiede jr.
am Sundern 7, 4504
Tel. 05409/1487

In dieser Nr. u.a.:

"Westlich B 51"	S. 2
"am Pavillon"	S. 3
Bürgerinitiativen und grüne/alternative Listen	S. 4
Radikalenerlaß/Berufsverbot	S. 5
Gorleben	S. 6
Rüstung	S. 7
Schulbuchkommission	S. 8
und	
ZDJ - Abonnement	S. 6
Aus der SPD-GMHütte	S. 3

Also: Helft uns bitte! Wie? Mit Kritik, Leserbriefen, Berichten, Anregungen, Diskussionsbeiträgen und Abonnements!



**Jungsozialisten
in der SPD**

Supermarkt in Kloster Oesede

Supermarkt in Kloster-Oesede

Schon seit längerer Zeit wurde in Kloster-Oesede über einen neuen Supermarkt in diesem Stadtteil gesprochen. Als bekannt wurde, daß hierfür das Grundstück von Herrn Stertenbrink vorgesehen war, meinten viele, das direkt daran angrenzende Geschäft "Gartmann" solle zum Supermarkt erweitert werden. Die Überraschung war groß, als sich herausstellte, daß der Oeseder Supermarkt "Dütmann" in Kloster-Oesede eine Filiale errichten wollte. Warum auch nicht?

Etwas seltsam wurde die Angelegenheit, als in der Zeitung der katholischen Jugendverbände Kloster-Oesedes, dem "Sprachrohr", die betroffenen Personen interviewt wurden. Dabei kam heraus, daß offenbar zunächst ein zweigeschossiger Bau geplant war. Herr Scheiter, Besitzer des Geschäftes "Gartmann", konnte diesen Bau nicht finanzieren, er mußte deshalb den Kauf des Grundstückes ablehnen. Als jetzt Herr Dütmann sich für das Grundstück interessierte, war keine Rede mehr von einem doppelstöckigen Bau, Dütmann wird vorerst nur eine eingeschossige Halle errichten. Sowohl Herr Dütmann wie der Grundstücksverkäufer Stertenbrink sind Mitglieder der gleichen Partei (einer christlichen), darüberhinaus beide Ratsherren. Deshalb vermutet Herr Scheiter nun "Absprachen innerhalb der Fraktion". Wir Jusos haben schon seit langem Supermärkte für alle Stadtbezirke gefordert (siehe unseren Offenen Brief zur Kommunalpolitik). Dabei muß aber Cliquenwirtschaft ausgeschlossen sein! Wir werden hier und anderswo Parteibuchwirtschaft aufdecken und anprangern!

"Absprachen innerhalb der Fraktion"

(Auszüge aus den Interviews)

Stertenbrink: "Von Seiten der Stadtverwaltung besteht schon lange die Absicht, einen Supermarkt in Kloster Oesede anzusiedeln... Ich selbst war seit Jahren bemüht, in Gemeinschaft der Kloster Oeseder Geschäfte einen Supermarkt anzusiedeln. Doch ich erhielt keine Zustimmung. Nachdem der Nachbar Scheiter nicht bereit war, einen größeren Betrieb anzusiedeln - einige Gespräche meinerseits mit ihm verliefen erfolglos - einigte ich mich mit dem Geschäft Dütmann.."

Scheiter: "Nachdem Herr Stertenbrink mich über die Planung eines Supermarktes in seinem Garten informierte, bot er auch mir das Grundstück zum Kauf an. Ich war bereit, den gleichen Preis wie Dütmann zu zahlen. Ich bat mir Bedenkzeit aus und erhielt auf Anfrage bei meiner Handelszentrale die Auskunft, der vorgeschriebene zweistöckige Bau sei nicht finanzierbar, sondern nur eine eingeschossige Halle interessant. Daran scheiterte es also bei mir. Vermutlich ist es auf Absprachen innerhalb der Fraktion zurückzuführen, daß für das Geschäft Dütmann wahrscheinlich doch ein eingeschossiger Bau möglich wird.."

Dütmann: "Nachdem über den Änderungsantrag bei der Regierung entschieden ist, 1. eine größere Fläche im jetzigen Garten Herrn Stertenbrinks bebauen zu dürfen als vorgesehen und 2. ein- statt zweigeschossig bauen zu dürfen (zweigeschossig soll offen gehalten werden), hoffe ich, spätestens im Oktober dieses Jahres den Bau beginnen zu können, so daß bei sechs Wochen Bauzeit zum Weihnachtsgeschäft der Markt eröffnet werden könnte. Ich will zwar keinem Kloster Oeseder Unternehmer zu nahe treten, aber es hätte jeder die Möglichkeit gehabt, einen Markt zu errichten.."

(Aus "Sprachrohr", Nr. 5 vom 11. 3. 79)

Bebauungsplan "westlich B 51"

Westlich der b 51, begrenzt durch die Straßen "Stadtring" und "Im Spell" liegt ein größeres unbebautes Stück Land (überwiegend Wiese), das einem Herrn Spiegelburg gehört(e).

Herr Spiegelburg wollte das Grundstück zu Geld machen (wer dabei noch Geld machen wollte, wäre noch zu klären). Ein erster Versuch vor Jahren, dort ein Klein-Manhattan zu errichten, scheiterte. Seit Mitte 1978 wird versucht, das dortige Gelände doch noch zu verplanen/zur Geld zu machen. Rechtliche Voraussetzung dafür ist ein Bebauungsplan.

Der Rat bekommt mitgeteilt, daß das Gelände an eine Firma verkauft sei, die dort Anlagen für ein amerikanisches Unternehmen errichten will (es sollen über DM 50.-/qm gezahlt worden sein). Was die Firma dort machen wird, ist nicht genau bekannt: Montage von Landmaschinen oder ähnliches.

Folgende Fragen und Überlegungen drängen sich auf:

- Warum kauft jemand Gelände zu einem Preis, der vier

bis fünfmal so hoch liegt wie vergleichbares oder besseres Gelände im Industriegebiet, wenn er nur Montage betreiben will?

- Wie kann jemand ein Gelände vor Existenz eines Bebauungsplanes zu einem hohen Preis kaufen? Müssen da nicht schon Zusagen gegeben worden sein?

- Wer garantiert, daß wirklich der amerikanische Betrieb dorthin kommt und nicht der Möbelmarkt, den K & K dorthin wünscht (damit mehr Käufer kommen) mit Folgen für den Verkehr, die sich jeder leicht ausmalen kann?

- Sollten mit den 150 Arbeitsplätzen, die dort angeblich geschaffen werden, vielleicht nur die Sozialdemokraten im Rat geködert werden, damit sie ihre Bedenken zurückstellen?

- Mitten im Stadtzentrum ein Montagebetrieb? Wohl komm' 's!

Fazit: Wer betreibt in Georgsmarienhütte Stadtplanung, der Stadtrat oder bestimmte Bodenspekulanten?

Berichte aus der SPD - Georgsmarienhütte

S P D Stadtbezirk Oesede

Oesede ist mit 154 Mitgliedern der stärkste SPD-Stadtbezirk in Georgsmarienhütte. Das Durchschnittsalter unserer Mitglieder beträgt 37 Jahre. 26 % sind im Juso-Alter. Wir stellen die Ratsherren: W. Gottwald, W. Haunhorst, R. Korte, M. Naujokat, H.O. Scholle und H. Warnke.

Im vergangenen halben Jahr war ein Schwerpunkt unserer Arbeit die B 51. Dazu haben wir zwei große Bürgerversammlungen durchgeführt. Der Stadtbezirk Oesede hat als erster verkehrsregelnde Maßnahmen auf der B 51 mit Erfolg gefordert und wird sich auch in diesem Jahr weiter mit diesem Thema befassen, vor allem mit der Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen. Ein weiteres Verkehrsproblem wirft die Anlage von neuen Straßen um die Neubaugebiete in unserem Stadtteil auf. Wir werden darauf achten, daß dies nicht zu Lasten der Wohnqualität geht. Neben dem Verkehr befassen wir uns auch noch verstärkt mit den Problemen in den bislang vernachlässigten älteren Wohngebieten.

Im sozialen Bereich werden wir künftig noch mehr arbeiten als bisher. Ein erster Erfolg hat sich auch hier bereits gezeigt: nach jahrelangen Bemühungen eröffnet demnächst ein zweiter prakt. Arzt in Oesede-Süd seine Praxis.

In unserem Stadtbezirk berichten neben Alfred Emmerlich und Hans Kaiser auch die Ratsherren regelmäßig aus ihrer Arbeit. Eine Besonderheit unserer Arbeit sei noch erwähnt: Wir haben in Oesede bislang drei Veranstaltungen zum Thema "Katholische Kirche und SPD" durchgeführt, eine davon mit dem KAB-Diözesansekretär.

Als feste Punkte unserer Arbeit in diesem Jahr stehen bereits fest: Verteilen eines "Bürgerbriefes", in dem Oeseder Bürger Beschwerden und Anregungen geben können, Vorbereitung eines SPD-Standes für die Teutoburger-Wald-Schau 1980, sowie Fahrten zur Bundesgartenschau nach Bonn und zum Niedersachsentreffen nach Delmenhorst.

Ein Ziel ist auch die weitere Mitgliederwerbung und die Aktivierung jetzt noch aktiver Genossen. Besondere Zielgruppen unserer Arbeit sollen die Frauen und die Jugendlichen sein. Wir möchten deshalb die Schaffung einer ASF-AG anregen und die bislang fruchtbare und gute Zusammenarbeit mit der Juso-AG fortsetzen.

Erlaubt mir bitte zum Schluß noch ein persönliches Wort an Euch Jusos: einige kommunalpolitische Themen der letzten zwei Jahre sind von Euch ausgegangen. Ihr habt mit viel Fleiß Dinge in Bewegung gebracht. Eine nachträgliche Bestätigung Eurer Arbeit war sicherlich die Ablehnung des Bebauungsplanes am Pavillon. Vielleicht werdet Ihr auch in anderen Punkten Recht behalten. Wir bitten Euch, auch künftig bei uns mitzuarbeiten, gerade auch in schwierigen Fragen. Wenn wir in zwei Jahren in Oesede eine SPD-Mehrheit erreichen wollen, dann brauchen wir Euch. Die heutigen Jusos sind nun einmal die SPD der achtziger Jahre.

Mit Gruß


(2. Vorsitzender)

Berichte aus der SPD - unter diesem Titel soll in Zukunft in jeder ZdJ über Interessantes aus den Stadtbezirken und Arbeitsgemeinschaften der GMHütter SPD informiert werden. Ganz so gut, wie wir das gedacht haben, hat es diesmal noch nicht geklappt: den Stadtbezirk Alt-Georgsmarienhütte haben wir leider nicht erreicht (M. Bolte war verreist und wir wußten nicht so recht, an wen wir uns dann wenden sollten). Wir bitten um Entschuldigung und würden uns ganz besonders freuen, wenn wir in der nächsten Nummer einen Artikel aus Alt-GMHütte bringen könnten. Die übrigen Stadtbezirke waren angesprochen, es hat wohl zeitlich nicht ganz geklappt. Um so mehr hat uns gefreut, daß aus Oesede eine Artikel über die dortigen Aktivitäten gekommen ist!

Sicherlich werden wir in der nächsten Nummer über diese Anfangsschwierigkeiten hinweggekommen sein, wir würden uns sehr freuen, dann über die Aktivitäten aller Stadtbezirke berichten zu können!

AM PAVILLON

Wer's noch nicht wissen sollte: DER BEBAUUNGSPLAN "AM PAVILLON" IST UNGENEHMIGT von der Bezirksregierung zurückgekommen!

Man höre und staune! Der Bebauungsplan konnte nicht genehmigt werden, weil das Gebiet "am Pavillon" im Landschaftsschutzgebiet liegt! Da hat doch jemand bei der ganzen Kungelei geschlafen und so eine kleine Neben-sächlichkei-t ganz vergessen! Wenn Klöckner jetzt dicht macht, werden wir den schon herausfinden! Die Jusoaktionen gegen den Bebauungsplan haben im Nachhinein vom Staat einen Gütesiegel bekommen. Wir haben nur das verteidigt, was sogar offiziell als erhaltenswerte Natur gilt.

Es bleibt noch einiges zu tun, es könnte ja die Grenze des Landschaftsschutzgebietes verlagert werden (ist vielleicht ein entsprechender Antrag schon gestellt worden?).

Eine Verkleinerung des Landschaftsschutzgebietes muß auf jeden Fall verhindert werden. Schreibt vorsorglich Briefe an die Bezirksregierung und erhebt Einspruch gegen die eventuelle Aufhebung des Landschaftsschutzgebietes! Protestiert noch einmal bei der Stadt! Die SPD-Fraktion muß jetzt völlig geschlossen gegen den Plan antreten. Die Jusos werden geeignete Aktionen einleiten, um diesem Skandal doch noch das Ende zu bereiten, das er verdient!

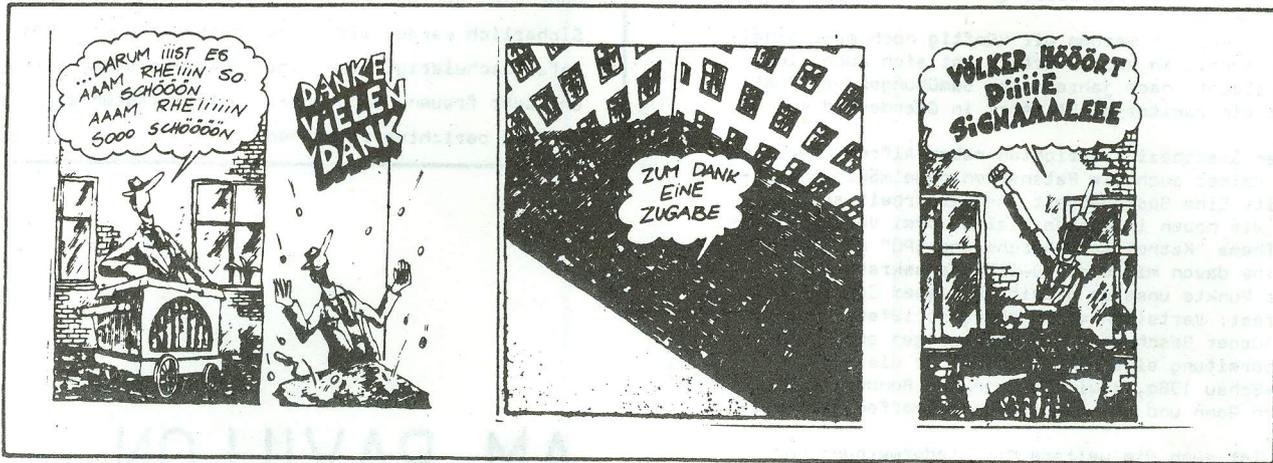
GMHütter Bürgerinitiativen

Die größten Bürgerinitiativen in Georgsmarienhütte wollen einen gemeinsamen Dachverband gründen. Vertreter der Bürgerinitiativen "Alt-Georgsmarienhütte", "B 51 - Stadt im Grünen" und "Freizeitpark Kloster-Oesede" sowie ein Mitglied der Bürgerinitiative "Niederschwedeldorfer Straße" trafen sich deshalb zu Gesprächen.

Durch die Bildung eines Dachverbandes soll vermieden werden, daß die Stadt die Interessen der Bürger in den Ortsteilen gegeneinander ausspielen kann. Weiter soll so vermieden werden, daß die Bürgerinitiativen als egoistische Interessenverbände diffamiert werden

könnten, die nur ihren eigenen Vorteil im Auge hätten. Dem Dachverband sollen alle Initiativen beitreten können, die sich für den Umwelt- und Naturschutz einsetzen.

Es wurde auch über das Verhalten der BI's bei der nächsten Kommunalwahl gesprochen. Bei der Kommunalwahl 1981 wollen die Biler solche Kandidaten empfehlen, die sich für die Erhaltung der Natur einsetzen. An das Aufstellen einer eigenen Liste ist zur Zeit nicht gedacht, über das Aufstellen eigener Kandidaten soll aber noch einmal nachgedacht werden!



Alternative oder grüne Liste in Georgsmarienhütte ?

Alternative Liste in GMHütte?

Allerorten beginnen Vorgespräche und Vorüberlegungen zur Kommunalwahl 1981. Von mehreren Personen sind die Jusos gefragt worden, ob sie bereit wären, eine Alternative Liste zu unterstützen (und auf solch einer Liste mitzukandidieren).

Das Bemühen um eine Alternative Liste hat besonders durch den Wahlerfolg der Berliner AL Auftrieb erhalten. Gerade in GMHütte, wo die Stadt viele Menschen durch bürgerferne Planung vor den Kopf gestoßen hat - z.B. Pavillon, Freizeitpark, B 51, Jugendzentrum -

rechnen sich die Initiativen gute Chancen aus, in den Stadtrat zu kommen.

Die Aufforderung an uns Jusos, diese Alternative Liste zu unterstützen und für sie zu kandidieren, wurde so begründet: unsere Vorstellungen zur Kommunalpolitik in GMHütte können wir in der SPD doch nicht durchsetzen; die Alternative Liste hat aber ähnliche Ziele wie die Jusos etwa im Offenen Brief an die Stadt im Herbst 78 aufgestellt haben.

Wir Jusos haben diesen Vorschlag abgelehnt, weil wir meinen, daß die Zusammenarbeit mit unserer Partei gerade in den letzten beiden Jahren besser geworden ist. In einigen Punkten hat die Arbeitsgemeinschaft ihre Vorstellungen auch in der SPD durchgesetzt (etwa Bauplanung Am Pavillon), in anderen leider nicht (etwa Jugendzentrum, B 51). Vielleicht ist auch hier noch etwas in der SPD zu machen, wir geben jedenfalls die Hoffnung nicht auf. Ein Bein unserer Doppelstrategie ist eben die Arbeit in der Partei. Der Beitritt zur Alternativen Liste ist für uns zur Zeit kein Thema.



Der Radikalenerlaß muß weg !!

Die Bundesregierung will die Regelanfrage beim Verfassungsschutz, die jeder Bewerber für eine Stelle im öffentlichen Dienst über sich ergehen lassen mußte, abschaffen. Endlich, sieben Jahre nach Inkrafttreten jenes unheilvollen Erlasses - kurz Radikalenerlaß genannt - scheint unsere Partei erkannt zu haben, auf was sie sich da eingelassen hat: in den sieben Jahren wurden weit über 2 000 000 Bundesbürger vom Verfassungsschutz überprüft, etwa 4 000 Bewerbern wurde der Eintritt in den öffentlichen Dienst verwehrt, in Bayern sogar schon Mitgliedern der SPD! Die Folgen dieses Erlasses sind unabsehbar: im In- und Ausland geht das Wort vom "Berufsverbot" um, der Erlaß hat dem Ansehen unserer Bundesrepublik schwer geschadet. In der BRD sind besonders die Jugendlichen verunsichert von der Überprüfungswelle: ein Teil wendet sich von diesem Staat und den ihn tragenden Parteien ab und vergrößert die Schar der Unzufriedenen und Außenseiter. Sichtbares Zeichen dieser Gruppe ist das Überraschende Abschneiden der Alternativen Liste in Berlin. Ein anderer Teil der Jugendlichen wird durch den Radikalenerlaß zu Duckmäusertum, Kriecherei und Anpassung erzogen, lauter Eigenschaften, die schon Hitlers Machtergreifung erleichterten.

Die Abschaffung der Regelanfrage ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber er ist nur der erste Schritt, andere müssen folgen. Die Regelanfrage beim Verfassungsschutz muß in allen Bundesländern abgeschafft werden, denn noch sträuben sich die CDU - Landesregierungen dagegen. Dann muß der Verzicht auf die Anfrage beim Verfassungsschutz auch praktiziert werden, d.h. die Verwaltung muß sich an die neuen Bestimmungen auch halten. Nicht auf schöne Worte kommt es den Betroffenen an, sondern auf das Handeln der Verantwortlichen!

Dann muß endlich das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes befolgt werden, nach dem die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei allein kein Ablehnungsgrund für eine Einstellung in den öffentlichen Dienst sein darf. Einem Bewerber darf nicht deswegen der Eintritt in den öffentlichen Dienst verwehrt werden, weil er Mitglied der DKP ist!

Schließlich muß es dahin kommen, daß Beamte ausschließlich nach ihrem Verhalten im Dienst beurteilt werden und nicht danach, was sie in ihrer Freizeit machen. Dazu wird allerdings eine Änderung der Beamtengesetze nötig sein.

Berufsverbote und kein Ende

In den letzten Monaten wurde heftig über die Abschaffung des Radikalenerlasses diskutiert. Führende Politiker von SPD und FDP, einige Länderchefs verkündeten die Abkehr vom bisherigen Verfahren. Aber: Maßstab für die Beurteilung solcher Reden ist und bleibt die Praxis. Und da zeigt sich: in den Bundesländern und bei den Bundesunternehmen Bahn und Post ist kaum eine Änderung festzustellen.

Hier einige neue Fälle:

- die niedersächsische Lehrerin Elisabeth Adler wurde zur Anhörung vorgeladen, u.a. weil sie vor zwei Jahren zwei Aufrufe der "Deutschen Friedens-Union" unterzeichnet hatte
- die Einstellung des SPD-Mitglieds Peter Schallmoser in den bayerischen Schuldienst wird abgelehnt, da er für den Sozialistischen Hochschulbund an der Uni kandidiert habe und in die DDR gereist sei
- gegen den Posthauptschaffner Rainer Lube wird ein Vorermittlungsverfahren (Grund: DKP-Mitgliedschaft) eingeleitet - nach 17jähriger Tätigkeit für die Bundespost
- gegen den Bundesbahnobersekretär Hermann Schladt wurde nach vier Anhörungen ein Vorermittlungsverfahren eröffnet. Grund: Mitgliedschaft und Kandidatur für die DKP. Schladt ist aktiv in der Eisenbahnergewerkschaft, sein Dienst wurde hervorragend beurteilt
- Peter Klöck, Mitglied im Ortsvorstand der Deutschen Postgewerkschaft Marburg, Personalrat und am 14. Dezember 1978 per Urkunde für seine 25 Dienstjahre bei der Post belobigt, wurde zum 7. Februar 1979 zur Anhörung vorgeladen. Der Grund: der parteilose

Beamte arbeitet im Marburger Komitee gegen Berufsverbote mit

- gegen den Steuerinspektor Günter Bote wurde von der Oberfinanzdirektion Münster ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel des Berufsverbotes eingeleitet. Der Vorwurf: DKP-Mitgliedschaft
- im Januar wurde dem Lehrer Matthias Wietzler von der Bezirksregierung Braunschweig das Berufsverbot mitgeteilt. Der Grund: er hat sich nicht von der DKP distanziert
- schließlich wurde jetzt bekannt, daß der Verfassungsschutz in Hamburg 1978 alle Dozenten, die an der Volkshochschule lehren wollten, überprüft hat. Und der Hamburger Innensenator mußte zugestehen, daß die Überprüfung von Arbeitern und Angestellten in der Privatwirtschaft kaum noch zu überblicken ist!

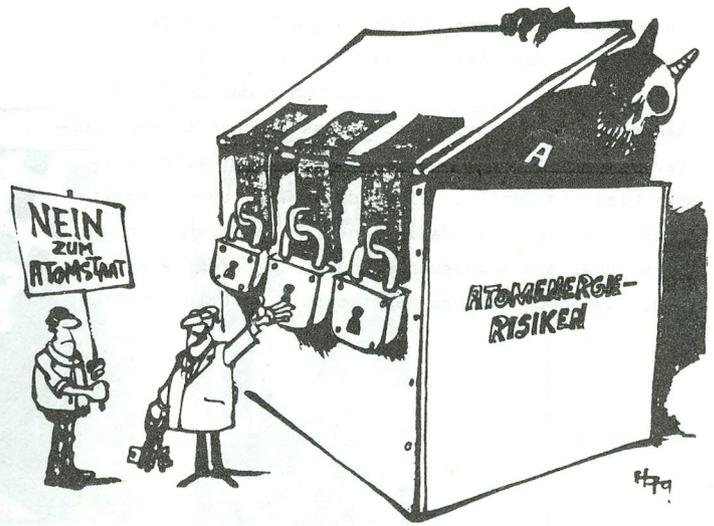
Sieht so die neue Praxis aus? Berufsverbote - und kein Ende?



GORLEBEN soll L E B E N !

Am 14. 3. rollten unter dem Schutz von Bundesgrenzschutz und Polizei die ersten Bohrfahrzeuge zu den "Probebohrungen", die den Bauvorbereitungen für die geplante Atommüllfabrik in Gorleben dienen sollen. Bauvorbereitungen für den Bau einer Anlage, über deren Bau, will man den Spitzenpolitikern unseres Landes Glauben schenken, noch gar nicht entschieden ist. Zur gleichen Zeit bemüht sich die Landesregierung mit dem Gorleben-Hearing um ein wissenschaftliches Alibi für die behauptete Sicherheit einer solchen Wiederaufbereitungsanlage und Endlagerungsstätte für atomaren Abfall. Dieses Experten-Hearing setzte sich zum größten Teil aus AKW-Befürwortern zusammen, obwohl man ließ auch kritische Stimmen zu Wort kommen. Gar zu böse Kritiker, die man zunächst wohl versehentlich eingeladen hatte, lud man kurzerhand wieder aus. Dieses Experten-Hearing fand vor einem makabren Hintergrund statt. Allem Sicherheitsgefasel von AKW-Betreibern und deren Wissenschaftlern zum Trotz passierte in Harrisburg/USA das bisher größte Reaktorunglück. Aber weder dieses schwere Unglück noch die beeindruckende Demonstration von über 100 000 Menschen am 31.3. in Hannover, die den Abschluß eines Trecks der Bauern des Kreises Lüneburg bildete, konnte die Bauabsicht stoppen; die Bohrungen zur Erforschung des Baugrundes gehen weiter. Dabei steht noch nicht einmal fest, ob die Gorlebener Salzstöcke überhaupt geeignet sind, um Atommüll für Jahrhunderte sicher von der Umwelt abzuschirmen. Trotz schwerwiegender Einwände vieler Wissenschaftler aus dem In- und Ausland, die sowohl Gorleben als geeigneten Standort anzweifeln als auch die Technik der Wiederaufarbeitung und Lagerung von abgebrannten Brennelementen und Atommüll als in wesentlichen Teilen ungelöst ansehen, ist die Entscheidung für Gorleben als Standort praktisch gefallen. Widerstand und Bedenken weiter Kreise der Bevölkerung werden durch massiven Polizeieinsatz und Kriminalisierung der AKW-Gegner "demokratisch" unterdrückt. Allein Sicherungs- und Schutzmaßnahmen verschlingen über 10 Millionen DM. In Niedersachsen wurde ausschließlich zu diesem Zweck eine ganz neue Einheit Bereitschaftspolizei, 600 Mann, aufgestellt. Jeder Widerstand soll im Keim erstickt werden. Eine der letzten ökologisch intakten Gebiete der BRD (der Bauplatz liegt im Naturschutzgebiet Elbufer-Draehn) soll einer gigantischen Industrieanlage zum Opfer fallen. Eine Anlage mit diesen Ausmaßen ist bisher nirgends auf der Welt gebaut worden. Es werden 60 - 70 Gebäude erstellt, wovon das größte 180 m lang, 45 m breit und 50 m hoch, mit 5m dicken Wänden sein wird. 12 000 000 m² Wald- und Ackerflächen müssen dem Bau weichen. Ein Gutachten ausländischer Wissenschaftler, das von der niedersächsischen Landesregierung geheimgehalten wird, stellt fest, daß ein Unfall in der WAA so viel Radioaktivität freisetzen würde, daß sofort ein 100 000 Quadratkilometer großes Gebiet von der gesamten Bevölkerung geräumt werden müßte und langfristig die

Bewohner eines 400 000 Quadratkilometer großen Gebietes evakuiert werden müßten. Das bedeutet: je nach Windrichtung wäre halb oder vielleicht ganz Mitteleuropa auf Jahre unbewohnbar. Gorleben ist überall! Da von Seiten unsere "Volksvertreter" diese Gefahren anscheinend nicht eingesehen werden wollen, kommt es gerade jetzt auf jeden an, der sich aufrafft, um diesem Wahnsinn entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Das wahnwitzige Atomprogramm der Bundesregierung darf nicht verwirklicht werden, deswegen ist es wichtig, alle Kräfte gegen den Bau der Atommüllfabrik zu mobilisieren.



„Mann, beruhigen Sie sich, wir haben alles doppelt und dreifach gesichert“
 tr. München

ZDJ □ Abonnement

Hiermit abonniere ich die 6 x im Jahr (plus 1 Sondernummer) erscheinende ZDJ für DM _____* im Jahr ab der Nummer 7.

Name:

Strasse:

Ort:

Unterschrift / Datum: _____

* Mindestbetrag DM 5,- !

RÜSTUNG

Kaum war Herbert Wehners Wort vom "Defensivcharakter" der sowjetischen Rüstung verklungen, als schon die Lobby der Rüstungsindustrie und diverse reaktionäre Meinungsmacher Schreckensvisionen an die Wand malten.

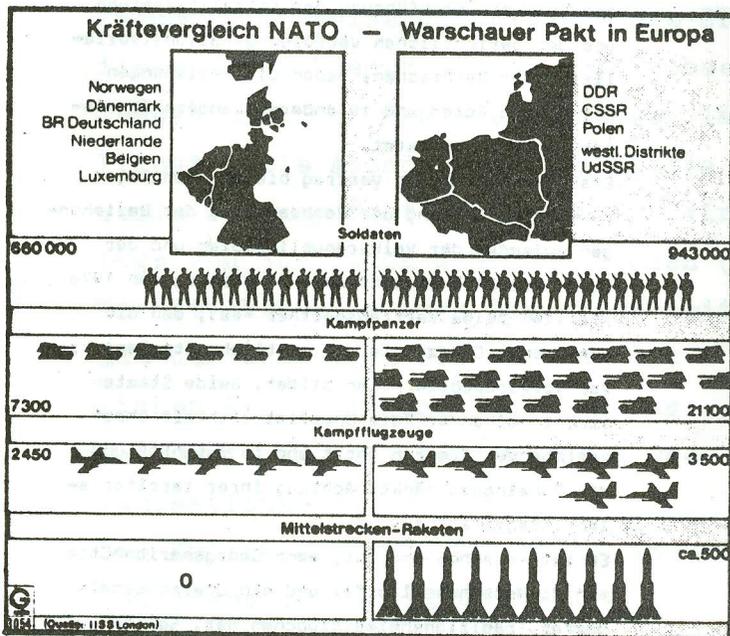
Sie benutzten dabei eine Taktik, die sogar den Baron von Münchhausen in den Schatten stellt: es wurden nur die Zahlen bekanntgegeben, die ihnen in den Kram paßten. Dabei sind die richtigen Zahlen jedem zugänglich, aber mit der Dreistigkeit, mit der die Zusammenhänge verschwiegen werden, ist es gelungen, auch die Linke zu überfahren.

Alle im Nachfolgenden angeführten Zahlen stammen vom "Internationalen Institut für strategische Studien", London.

Zahlenspiele

Da wird bekanntgegeben, in Westeuropa habe die NATO nur 660 000 Soldaten (Norwegen, Dänemark, Benelux und Bundesrepublik Deutschland), der Warschauer Pakt (WP) dagegen 943 000 (DDR, CSSR, Polen, westliche Distrikte der UdSSR). Bei diesen Zahlen werden die Franzosen, ja sogar die 50 000 in der BRD stationierten vergessen. Wenn man sie mitzählte, ergäbe sich ein Patt.

Das Verhältnis der Kampfflugzeuge wird mit 2 450 zu 3 500 zugunsten des WP angegeben. Natürlich fehlen auch hier die 500 Flugzeuge der französischen Luftwaffe.



Bei den Panzern wird noch schlitzohriger verfahren. Für die NATO werden 7 300 und für den WP 21 100 angegeben. Es fehlen wieder die französischen Panzer: 325 in der BRD und 485 in Nordfrankreich. Außerdem fehlen 2 500 Reserrepanser der NATO und ca. 5 000 eingemottete. Die vom WP eingemotteten (2 300) sind jedoch mitgezählt.

Qualität

Der reine Zahlenvergleich unterschlägt die Qualitätsunterschiede. Nach Expertenmeinung ist der modernste Panzer des WP, der T 62, dem Leopard eindeutig unterlegen. Der T 62 ist leichter und schwächer, er fährt lediglich 25 km/h (der Leopard 40). Er kann viermal pro Minute schießen (der Leopard sechsmal), sein Munitionsvorrat liegt um ein Drittel unter dem des Leopard.

Was dann noch an östlicher Panzerüberlegenheit bleibt (wenn überhaupt), wird durch die westliche Überlegenheit

Schiefe Auswahl

"Auch die militärische Ausbildung von Offizieren ist ein Element der deutschen Außenpolitik". Diesen Satz sprach Bundesaußenminister Genscher vor zwei Jahren. Wie problematisch dieser außenpolitische Satz ist, zeigt die Liste der ausländischen Offiziere, die in der Bundesrepublik "Ausbildungshilfe" erhalten. Sie kommen zumeist aus Regimen diktatorischen Charakters: an der Spitze Militärs aus dem Park-Regime Südkoreas, am Schluß der Liste ein Offizier aus dem Rassenstaat Südafrika. Die Liste der Staaten, die Offiziere in die Bundesrepublik schicken, um sie im Umgang mit Waffen, "Gagnern" und Untergebenen fortzubilden, wird von Südkorea (32 Offiziere) angeführt, es folgen Brasilien (26), Indonesien (22) und der Iran (20). Mehr als 10 Ex-Schüler kehrten in die Armeen Taiwans (13), Argentiniens (11), Nepals (10) und Thailands (10) heim.

(nach: Publik-Forum Nr. 15, 28. Juli 1978)

der Panzerabwehrwaffen mehr als ausgeglichen. Die neuen Panzerabwehrwaffen der NATO, die Milan- und Hot-Raketen, haben eine Trefferquote von 98%. Die Bundeswehr allein hat 3 000 Milanraketen, 300 Panzer wurden auf Hot-Raketen umgerüstet und 200 Helikopter mit je sechs Hot-Raketen neu gebaut.

Die Horrorvisionen von der Überlegenheit des sowjetischen Düsenjägers MIG 25 hielten nur so lange, bis ein russischer Pilot mit einer MIG 25 nach Japan floh. Amerikanische Experten stellten fest, daß die Technologie um 15 Jahre hinter der westlichen zurückläge.

Es gibt aber tatsächlich eine Bedrohung des Westens durch die sowjetische Rüstung/Nichtrüstung: jeder zweite Wissenschaftler und Ingenieur in der westlichen Welt arbeitet für die Rüstung, Millionen Arbeitsplätze in Westeuropa können nur durch verschärfte Rüstung erhalten werden. Totale Abrüstung würde die westliche Wirtschaft in ein Chaos stürzen - für die Sowjetunion mit ihrem unstillbaren Bedarf an Arbeitskräften bedeutet Abrüstung hingegen die Chance zum großen ökonomischen Sprung nach vorn. In der BRD dagegen wird seit Jahren kein Rüstungsprojekt mehr ohne Hinweis auf Arbeitsplätze geplant.

Keine entwickelte kapitalistische Wirtschaft kann ohne Rüstung existieren. Keine andere Ware ist so auf Verschleiß und Erneuerung ausgerichtet wie gerade Waffen. Rüstung ist das profitträchtigste und krisensicherste Geschäft in einer kapitalistischen Wirtschaft. Nirgends sonst kann Nachfrage so billig erzeugt werden. Man braucht nur die einschlägigen Meinungsmacher zu mobilisieren, den Antikommunismus wachzukitzeln und die Russenfurcht zu schüren und schon gibt es wieder Nachfrage.

Es kann dann zu der perversen Situation kommen, daß ein SPD-Abgeordneter - eigentlich Pazifist - mit allen Mitteln versucht, einen Rüstungsauftrag an eine Firma in seinem Wahlkreis zu vermitteln, um die Arbeitslosigkeit zu verringern.

Das System funktioniert!

Was nicht in den Schulbüchern steht

(aus den Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission)

Herbert Wehner brachte von seiner letzten Polenfahrt wieder Hausaufgaben mit, um die ins Stocken geratene Friedenspolitik wieder in Gang zu bekommen. Diesmal waren es Ungerechtigkeiten bei den Rentenauszahlungen und die Revision westdeutscher Schulbücher, um die er sich zu kümmern versprach.

Polnische und westdeutsche Historiker, Schulbuchautoren und Experten haben sich über Jahre hinweg getroffen und die kontroversen Themen der deutsch-polnischen Beziehungen abgehandelt. Sie kamen zu gemeinsamen Empfehlungen für die Darstellung der deutsch-polnischen Geschichte in den Schulbüchern der Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen¹. In Polen gibt es Ansätze zur Realisierung der Empfehlungen², während bei uns das Bild sehr uneinheitlich ist. Einige CDU/CSU-Länder haben die Empfehlungen abgelehnt, einige Kultusminister ziehen sich auf den Standpunkt zurück, daß nicht sie, sondern die Schulbuchverlage für die Inhalte der Schulbücher zuständig seien. Zur Ostkunde und zur Behandlung des Totalitarismus im Unterricht waren Richtlinien möglich, zur Behandlung der deutsch-polnischen Geschichte soll das nicht möglich sein?

Die Schulbuchempfehlungen beginnen mit den Slawen und Germanen im Altertum, beschäftigen sich mit der deutschen Siedlung im östlichen Mitteleuropa, der Geschichte des Deutschen Ordens, den Teilungen Polens, der Polenpolitik unter Bismarck.

Steht es so in unseren Geschichtsbüchern?

Der Versailler Vertrag bildete die völkerrechtliche Grundlage für den Bestand des polnischen Staates und stellte Polen in den Grenzen von 1772 im Westen weitgehend her. In der deutschen Öffentlichkeit wurden die Abtretungen als untragbarer Verlust deutschen "Volksbodens" betrachtet. Bei den Abstimmungen in Ostpreußen wurden die Deutschen bevorzugt, bei denen in Oberschlesien die Polen. Auch nach der Aufteilung Oberschlesiens blieben Deutsche in Polen und Polen in Deutschland, eine Grenzziehung war schwierig, weil die Landbevölkerung mehrheitlich für Polen stimmte, während die Städte des Industriereviere Mehrheiten für Deutschland aufwiesen.

Das deutsch-polnische Verhältnis in der Weimarer Zeit stellte einen Tiefpunkt der beiderseitigen Beziehungen dar. Die Spannungen verschärften sich 1930/32; da es Hitler dann nicht gelang, Polen in einen Satellitenstaat zu verwandeln, war er 1939 zu einer kriegerischen Lösung entschlossen. Polen hätte nur die Wahl, auf seine Eigenständigkeit zu verzichten oder sich zur Wehr zu setzen. Die Politik des Hitler-Regimes hatte nicht nur die Auslöschung des polnischen Staates zum Ziel, sondern auch die Ausrottung der polnischen Intelligenz und Kultur, die Unterdrückung des polnischen Volkes und die Umwandlung Polens in einen Kolonialraum.

Die deutsch-polnische Grenzregelung nach dem zweiten Weltkrieg ist Ergebnis des Krieges. Schon vor Beginn der Potsdamer Konferenz war die staatliche Hoheits-

gewalt de facto bereits den polnischen Behörden übertragen worden. Dabei sollte es sich nicht um ein revidierbares Provisorium handeln.

Die DDR erkannte 1950 die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze an. In der Zeit des Kalten Krieges verschärfte sich die unterschiedlichen Auslegungen der Potsdamer Beschlüsse. Mit Beginn der Entspannungspolitik wuchs auf westlicher Seite, schließlich auch in der BRD, die Bereitschaft zur Respektierung der bei Kriegsende geschaffenen territorialen Veränderungen. In den Polen übertragenen ehemaligen Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße lebten 1939 ca. 8,5 Mill. Menschen. Etwa die Hälfte von ihnen wurden entweder evakuiert oder flüchteten (unter großen Verlusten) noch vor Kriegsende. Der größte Teil der dort verbliebenen deutschen Bevölkerung wurde 1945-47 ausgewiesen bzw. zwangsumgesiedelt. Inzwischen ansässig gewordene polnische Bevölkerung wurde dort angesiedelt.

Die Art und Weise, wie die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit häufig geführt wurde, insbesondere Inkonsequenzen bei der Durchführung der Entnazifizierung und der gerichtlichen Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen, haben die Beziehungen der BRD zu Polen und zu anderen Ländern in vieler Hinsicht belastet.

Erst der Warschauer Vertrag bietet Grundlagen zur Normalisierung und Verbesserung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Im Vertrag von 1970 stellten beide Vertragspartner fest, daß die bestehende Grenzlinie die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet. Beide Staaten sichern einander "die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in Zukunft" und die "unaingeschränkte Achtung ihrer territorialen Integrität" zu.

Es ist ja schön und gut, wenn Georgsmarienhütte ein Niederschwedeldorfer und ein Oberschwedeldorfer Traditionsheimatstübchen hat. Sollten wir uns aber nicht nur um Patenschaft mit der Vergangenheit, sondern mit der Gegenwart bemühen?

- 1) Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen Braunschweig 1977
- 2) Armin Dross, Die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen und der Bundesrepublik Deutschland in polnischen Geschichtsbüchern Braunschweig 1976



und jetzt
schnell einen
Leserbrief.....